

Bremische Bürgerschaft

Landtag

19. Wahlperiode

Anfragen in der Fragestunde

1. 19.02.16

Bundesland ohne Gewerbearzt?

Wir fragen den Senat:

1. Trifft es zu, dass es trotz viermaliger Ausschreibung keine Bewerbungen auf die Stelle des Landesgewerbearztes gegeben hat?
2. Welche Konsequenzen zieht der Senat aus den Erfahrungen dieses Bewerbungsverfahrens, und zu wann plant er die Neubesetzung der Stelle?
3. Welche Bedeutung misst der Senat der Arbeit eines Landesgewerbearztes bei?

Björn Fecker, Dr. Kirsten Kappert-Gonther, Dr. Maike Schaefer
und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

2. 24.02.16

Regelsätze für Sicherheitsleistungen

Wir fragen den Senat:

Wie bewertet der Senat die einzelnen zwischen den Generalstaatsanwaltschaften festgelegten Regelsätze für Sicherheitsleistungen?

Inwiefern erachtet der Senat die Höhe von 250 Euro Sicherheitsleistung bei Widerstandshandlungen gegen Vollstreckungsbeamte für angemessen?

Wilhelm Hinners, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU

3.

24.02.16

Brandschutz in Flüchtlingseinrichtungen

Wir fragen den Senat:

Welche Notfallpläne bestehen für die Erstaufnahmeeinrichtungen und die Gemeinschaftsunterkünfte im Land Bremen?

Durch wen werden Mitarbeiter, Sicherheitspersonal und Flüchtlinge für den Notfall geschult?

Welche Risiken bestehen bei der Unterbringung von Flüchtlingen auf Fluchtwegen, wie z. B. auf Fluren und in Kellerräumen?

Sigrid Grönert, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU

4.

24.02.16

Familiennachzug von Flüchtlingen

Wir fragen den Senat:

Wie viele Familienangehörige von wie vielen Flüchtlingen sind 2013, 2014 und 2015 jeweils nach Bremen eingereist?

Wie viele dieser Flüchtlinge sind subsidiär Schutzberechtigte?

Wie viele dieser Flüchtlinge sind unbegleitete minderjährige Ausländer?

Wilhelm Hinners, Sigrid Grönert, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU

5.

24.02.16

Begleitung von Schwerguttransporten durch die Polizeibehörden im Land Bremen

Wir fragen den Senat:

Wie viele Schwerguttransporte wurden in den Jahren 2013 bis 2015 von der Polizei Bremen und der Ortspolizeibehörde Bremerhaven mit wie viel Personal bzw. Dienstfahrzeugen begleitet?

Wie hoch waren die Einnahmen durch diese Begleitungen für die Polizei Bremen und die Ortspolizeibehörde Bremerhaven?

Sieht der Senat diese Aufgabenwahrnehmung als originäre Tätigkeit der Polizei an oder wäre eine Übernahme durch entsprechend qualifizierte Unternehmen sinnvoller und rechtlich möglich?

Wilhelm Hinners, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU

6.

25.02.16

Keine Förderung von Gedenkstättenfahrten an Orte der SED-Diktatur?

Ich frage den Senat:

1. Trifft es zu, dass die Bremer Landeszentrale für politische Bildung (LpB) keine Gedenkstättenfahrten von Schulen oder Jugendgruppen an Orte der SED-Diktatur fördert, und wenn ja, warum wird auf die finanzielle Unterstützung solcher Fahrten verzichtet?
2. Wenn das nicht der Fall sein sollte: Wie viele Anträge auf Bezuschussung von Fahrten der unter Ziffer 1 genannten Gruppen wurden in den Jahren 2013 und 2014 gestellt, und wie viele davon wurden genehmigt (bitte unterteilen nach Jahren und den Städten Bremen und Bremerhaven)?
3. Wie viele Anträge auf Bezuschussung von Fahrten zu den KZ-Gedenkstätten Bergen-Belsen, Neugamme sowie zum Kriegsgefangenenlager und KZ-Auffanglager Sandbostel wurden 2013, 2014 und 2015 von Schulen oder Jugendgruppen gestellt, wie viele davon wurden genehmigt, und aus welchen Gründen verweigerte man die Genehmigung (bitte differenziert nach Jahren und den drei häufigsten Ablehnungsgründen ausweisen)?

Jan Timke (BIW)

7.

25.02.16

Datenschutzrechtliche Mängel bei der Telekommunikationsüberwachung

Ich frage den Senat:

1. Ist dem Senat bekannt, dass der niedersächsische Landesdatenschutzbeauftragte in seinem 22. Tätigkeitsbericht auf insgesamt 44 datenschutzrechtliche Mängelpunkte im Zusammenhang mit der polizeilichen Telekommunikationsüberwachung (TKÜ) des Landes Niedersachsen hingewiesen hat, und trifft es zu, dass die fragliche TKÜ-Anlage auch für die Telekommunikationsüberwachung im Land Bremen eingesetzt wird?
2. Ergibt sich für den Senat aus dem Bericht des niedersächsischen Landesdatenschutzbeauftragten Handlungsbedarf, und wenn ja, welche Konsequenzen sollen konkret gezogen werden?
3. Sind die Ergebnisse der polizeilichen Telekommunikationsüberwachung nach Auffassung des Senats angesichts der Einwendungen des niedersächsischen Landesdatenschutzbeauftragten als gerichtliches Beweismittel zukünftig vollumfänglich noch verwertbar?

Jan Timke (BIW)

8.

02.03.16

Koordination der Flüchtlingsarbeit in Bremen

Wir fragen den Senat:

Wie oft hat die ständige Task Force zur Koordination der Flüchtlingsarbeit bisher getagt?

Wer hat an diesen Sitzungen jeweils teilgenommen?

Welche Vermittlungsergebnisse hat die Task Force bisher bei Konflikten zwischen einzelnen Ressorts erzielt?

Sigrid Grönert, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU

9.

04.03.16

Einreise von unbegleiteten minderjährigen Ausländern (umA) aus anderen EU-Staaten

Wir fragen den Senat:

Welche Erkenntnisse hat der Senat darüber, welcher Prozentsatz der umA vor seiner Inobhutnahme in Bremen bereits in einem anderen EU-Staat gelebt hat?

Wie erfolgt bei der Inobhutnahme der umA ein Abgleich mit der europäischen Visadatenbank?

Welche Konsequenzen ergeben sich für einen Jugendlichen, wenn bekannt wird, dass er vor seiner Inobhutnahme in Bremen bereits in einem anderen EU-Staat gelebt hat?

Wilhelm Hinners, Sigrid Grönert, Dr. Thomas vom Bruch, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU

10.

07.03.16

Besetzung der Stellen aus dem Dritten Sofortprogramm

Wir fragen den Senat:

1. Wie viele der im Dritten Sofortprogramm zur Aufnahme und Integration von Flüchtlingen beschlossenen zusätzlichen Stellen sind in den betroffenen einzelnen Ressorts und Amtsbereichen inzwischen besetzt?

2. Wie viele Stellen sind darüber hinaus in den betroffenen einzelnen Ressorts und Amtsbereichen derzeit nicht besetzt?

3. Aus welchen Gründen konnten Stellen bislang nicht besetzt werden, und mit welchen Maßnahmen plant der Senat die Besetzung zu beschleunigen?

Sophia Leonidakis, Cindi Tuncel, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE

11.

10.03.16

Regelungen für Zuwendungsempfänger in der haushaltslosen Zeit

Wir fragen den Senat:

1. Welche Regeln für die finanzielle Absicherung von Zuwendungsempfängern gelten in der haushaltslosen Zeit?
2. Welche Möglichkeiten bestehen, Zuwendungsempfängern, die auch - teilweise langjährig - Projektfinanzierung erhalten, trotz haushaltsloser Zeit darauf Abschläge zu zahlen?
3. Welche Regeln gelten jeweils bezüglich Zuwendungsempfängern in Zeiten von Haushaltssperre oder nicht erfolgter Vorjahresabrechnung?

Björn Fecker, Dr. Kirsten Kappert-Gonther, Dr. Maike Schaefer
und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

12.

10.03.16

Flüchtlingszahlen in Bremen

Wir fragen den Senat:

1. Wie viele Flüchtlinge sind jeweils im Januar und Februar nach Bremen gekommen?
2. Wie viele von ihnen haben bereits einen Antrag auf Asyl gestellt?
3. Aus welchen Ländern stammen die Flüchtlinge, die im Januar und im Februar nach Bremen gekommen sind?

Peter Zenner, Lencke Steiner und Fraktion der FDP